

Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit  
Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Vorsitzende des  
Ausschusses für Wissenschaft  
Frau Marion Schneid, MdL  
Landtag Rheinland-Pfalz  
Platz der Mainzer Republik 1  
55116 Mainz

LANDTAG  
Rheinland-Pfalz  
**18/2271**  
VORLAGE



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR  
WISSENSCHAFT  
UND GESUNDHEIT

DER MINISTER

Mittlere Bleiche 61  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-29 57  
clemens.hoch@mwg.rlp.de  
<https://www.mwg.rlp.de>

Mein Aktenzeichen  
0102-0005#2022  
/0004-1501 MB

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail  
Lucas Muth  
lucas.muth@mwg.rlp.de

Telefon // Fax  
~~06131 16-2855~~  
06131 16 172855

18.07.2022

**7. Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft am 27.04.2022**  
**TOP 1: Zusammenarbeit mit Hochschulen in Mittel- und Osteuropa ,**  
**hier: Zusage des Sprechvermerks**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

wie in der 7. Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft am 27.04.2022 zugesagt,  
übermittele ich Ihnen als Anlage den Sprechvermerk zum o.g. Tagesordnungspunkt.

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Hoch

## **Ausschuss für Wissenschaft am 27.04.2022**

**Vorlage 18/1617; Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT**

**Betreff: „Zusammenarbeit mit Hochschulen in Mittel- und Osteuropa“**

### **SPRECHVERMERK**

Anrede,

der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) fördert aus Mitteln des Auswärtigen Amtes (AA) das Programm „Deutschsprachige Studiengänge (DSG) in Ostmittel-, Südost- und Osteuropa sowie dem Kaukasus und Zentralasien“.

Im Rahmen des Programms werden Fachstudiengänge in deutscher Sprache gefördert um die deutsche Sprache als Verkehrs- und Wissenschaftssprache in der Region zu unterstützen. Auf der institutionellen Ebene sollen die geförderten Deutschsprachigen Studiengänge zu einer Reform der Lehrpläne an den ausländischen Partnerhochschulen beitragen und über den engeren Studiengang hinaus auf andere Professuren ausstrahlen. Aktuell werden bundesweit insgesamt 33 Projekte gefördert.

Die beiden an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz angesiedelten Projekte, die bereits Gegenstand einer Kleinen Anfrage aus dem Jahre 2020 waren, werden aktuell bis 2022 gefördert.

Es handelt sich zum einen um den **Studiengang „Recht in Deutschland“**, einem Studiengang, der aus der Schule des deutschen Rechts hervorgegangen ist. Die Schule des deutschen Rechts wurde im Februar 1998 in Krakau als Gemeinschaftsprojekt der Juristischen Fakultäten der Jagiellonen-Universität Krakau, der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg ins Leben gerufen. Sie verfolgt das Ziel, polnischen Studierenden Kenntnisse des deutschen Rechts zu vermitteln, die Reform des polnischen Rechtssystems zu unterstützen, einen Beitrag zur Integration Polens in die Europäische Union und der damit verbundenen Anpassung des polnischen an das europäische Recht zu erbringen.

Seit 2010 veranstaltet die Schule des Deutschen Rechts den Deutschsprachigen Studiengang “Recht in Deutschland”, welcher es polnischen Studierenden in einem zwei- bis viersemestrigen Studiengang ermöglicht, deutsches Recht zu erlernen. Die ersten beiden Semester bestehen aus einem Kurs der deutschen juristischen Fachsprache sowie aus insgesamt zwölf von deutschen Professorinnen und Professoren gehaltenen Vorlesungen (plus vorlesungsbegleitende Arbeitsgemeinschaften). Die Vorlesungen decken die Grundlagen des deutschen Rechtssystems im öffentlichen Recht, Straf- und Zivilrecht ab. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können anschließend die erlangten Kenntnisse im Rahmen eines einsemestrigen Studiums an den deutschen Partneruniversitäten vertiefen und sowohl in Heidelberg als auch in Mainz im LL.M.-Aufbaustudiengang studieren.

Eine Erweiterung hat der Studiengang 2018 durch die Sommerschule zum deutschen Recht erhalten, welche an der Kiewer Mohyla-Akademie, einer der führenden Hochschulen der Ukraine, gehalten wird. Die dreiwöchige Sommerschule bietet neben

einem Intensivkurs der deutschen juristischen Fachsprache Grundlagenvorlesungen zum deutschen Privat- und öffentlichen Recht. Herausragende Absolventen der Sommerschule können ihre Ausbildung im Krakauer Rechtskurs fortsetzen.

Der Kurs des deutschen Rechts wird flankiert durch jährlich stattfindende deutsch-polnisch-ukrainische Dialog-Seminare, die zur Vertiefung aktueller Fragestellungen des nationalen und europäischen Rechts dienen. Die Seminarthemen werden rechtsvergleichend aufgearbeitet und dargestellt, was den Studierenden zum einen die Bearbeitung grenzüberschreitend relevanter Themen beibringt, zum anderen aber auch ein besseres Verständnis der jeweiligen nationalen Rechtsordnung ermöglicht.

In ihrer heutigen Form ist die Schule des Deutschen Rechts damit eine gemeinschaftliche Einrichtung der Universitäten Heidelberg, Krakau und Mainz, welche an den Standorten Krakau und Kiew (dort in Zusammenarbeit mit der Mohyla-Akademie) Kurse des Rechts in Deutschland veranstaltet und für deren Absolventen weitere Ausbildungsangebote anbietet – zusammen mit deutschen Studierenden.

Im Studienjahr 2020/21 (Wintersemester 2020/21 und Sommersemester 2021) haben 43 Studierende den Kurs begonnen und 24 haben ihn erfolgreich absolviert. Davon haben 3 Studierende den LL.M. in Deutschland erreichen können.

Im Studienjahr 2021/22 haben insgesamt 29 Studierende den Studiengang begonnen. Die Anzahl der Absolventinnen und Absolventen steht aktuell noch nicht fest, da das Sommersemester 2022 erst begonnen hat.

Die Veranstaltungen der beiden letzten Studienjahre wurden coronabedingt überwiegend in digitaler Form angeboten. Seit diesem Sommersemester werden die Veranstaltungen wieder in Krakau stattfinden.

Allerdings ist aktuell aufgrund der Lage in der Ukraine unklar, inwiefern die Sommerschule an der Mohyla-Akademie in Kiew in diesem Jahr überhaupt angeboten werden kann und unter welchen Bedingungen.

Bei dem zweiten DAAD-geförderten Studiengang handelt es sich um „**Wirtschaftswissenschaften**“, eine Kooperation der Johannes Gutenberg-Universität, Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften mit der SGH Warsaw School of Economics. Die Kooperation wurde bereits 1993 gegründet.

Polnischen Studierenden des Bachelorstudiengangs Wirtschaftswissenschaften an der SGH Warschau wird im Rahmen einer Vertiefung der Erwerb eines zusätzlichen Zertifikats ermöglicht, der sie als Spezialistinnen und Spezialisten in den deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen ausweist. Zentrale Bestandteile der Kooperation sind ein deutschsprachiges Lehrangebot an der SGH Warschau auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften, ein Gastdozentenaustausch sowie die Möglichkeit der Teilnahme an einem einsemestrigen Aufenthalt an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz inklusive studienbegleitendem Sprachkurs (für jährlich bis zu 12 Studierende).

Die wesentliche Zielsetzung des Projekts besteht darin, polnischen Studierenden intensiven Kontakt zur deutschen Kultur und Sprache zu ermöglichen und dabei gleichzeitig wirtschaftswissenschaftliches Fachwissen unter besonderer Berücksichtigung deutscher Charakteristika zu vermitteln.

Dies kommt Absolventinnen und Absolventen des Deutschsprachigen Studiengangs, deren fachliche Leistungen insgesamt überdurchschnittlich hoch sind, im späteren Berufsleben zugute und beeinflusst die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen und die Kooperation zwischen beiden Nachbarländern nachhaltig positiv.

Im Jahr 2020 konnten 16 Studierende der SGH Warschau an dem Intensivsprachkurs teilnehmen und 7 Studierende haben im Wintersemester 2020/21 einen Aufenthalt an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz absolviert. Im Jahre 2021 konnten 12 Studierende den Intensivsprachkurs absolvieren sowie erneut 7 Studierende den Semesteraufenthalt wahrnehmen.

Das Programm konnte trotz der Corona-Pandemie fortgeführt werden, auch wenn die Veranstaltungen lediglich online durchgeführt wurden.

Der DAAD hat auf telefonische Anfrage mitgeteilt, dass das Programm „Deutschsprachige Studiengänge (DSG) in Ostmittel-, Südost- und Osteuropa sowie dem Kaukasus und Zentralasien“ weitergeführt wird und die Ausschreibung für 2023 und 2024 ab Mitte Juni auf den Seiten des DAAD zu finden sein wird. Die oben genannten Projekte werden voraussichtlich erneut einen Antrag für die Förderperiode 2023-2024 stellen. Es sind keine Pläne von Hochschulen bekannt, die Zusammenarbeit mit der Ukraine im Rahmen eines solchen Programms zu vertiefen.